

Und tschüss



Rente. Rund 56 Prozent der Neurentner in Deutschland steigen aus dem Erwerbsleben aus, bevor sie die Regelaltersgrenze erreicht haben – viele von ihnen nehmen dafür sogar erhebliche Rentenabschläge in Kauf. Was die wichtigsten Beweggründe für den individuellen Renteneintritt sind, hat nun das IW untersucht. Geld spielt demnach zwar eine Rolle, doch Wertschätzung, Motivation und Engagement sind ebenso relevant. Inwiefern die Unternehmen diese Faktoren nutzen können, um Mitarbeiter möglichst lange im Betrieb zu halten, erläutert IW-Arbeitsmarktexperte Oliver Stettes im iwd-Interview. —→ [Seiten 2-5](#)

Nachhaltigkeit

Die meisten Unternehmen in Deutschland decken ihren IT-Bedarf vornehmlich durch neue Geräte. Das Potenzial für den Secondhand-Markt ist demnach groß.

—→ [Seiten 6-7](#)

Gesetzliche Unfallversicherung

Im Jahr 2022 war die Arbeitsunfallquote in Deutschland so niedrig wie noch nie. Ein Grund dafür sind die zahlreichen betrieblichen Präventionsmaßnahmen.

—→ [Seiten 8-9](#)

Wohlverdient oder wohl verdienend?

Rente. Weiterarbeiten oder so schnell wie möglich in den Ruhestand gehen? Für welche Option sich Beschäftigte entscheiden, ist nicht nur eine Frage des Geldes. So können Unternehmen einiges selbst dazu beitragen, dass Mitarbeiter möglichst lange für sie tätig sein wollen.

Manche können auf den Tag genau beantworten, wie lange sie noch arbeiten müssen, andere suchen sich bereits vor dem Renteneintritt eine bezahlte Weiterbeschäftigung. Ersteres ist eher die Regel, Letzteres eher die Ausnahme: Laut Angaben der Deutschen Rentenversicherung waren Ende 2022 – neuere Daten liegen nicht vor – von 18,6 Millionen Rentnern hierzulande nur knapp 1,4 Millionen erwerbstätig, also gerade mal etwas mehr als 7 Prozent. Viele realisieren dagegen einen anderen Wunsch, nämlich vorzeitig in Rente zu gehen:

Im Jahr 2022 lag die Regelaltersgrenze bei 65,8 Jahren, das durchschnittliche Rentenzugangsalter jedoch mit 64,4 Jahren fast anderthalb Jahre darunter.

Im Jahr 2022 schieden so 56 Prozent der Neurentner vorzeitig aus dem Erwerbsleben aus – 29 Prozent abschlagsfrei, 21 Prozent mit Abschlägen und 6 Prozent mit einer Rente für Schwerbehinderte. Lediglich 44 Prozent der Beschäftigten, die im Jahr 2022 eine Rente beantragten, hatten zum Zeitpunkt des ersten Rentenbezugs die Regelaltersgrenze erreicht.

Dass dies in einem umlagefinanzierten System angesichts einer wachsenden Zahl von Rentnern, steigender Rentenbezugsdauern – Frauen beziehen inzwischen im Schnitt 22,2 Jahre Rente, Männer

18,8 Jahre – und immer weniger Beitragszahlern auf Dauer nicht funktionieren kann, ist klar. Doch wie können Beschäftigte für einen späteren Renteneintritt motiviert werden? Die individuellen und

Renteneintritt: Für viele eine Frage des Geldes

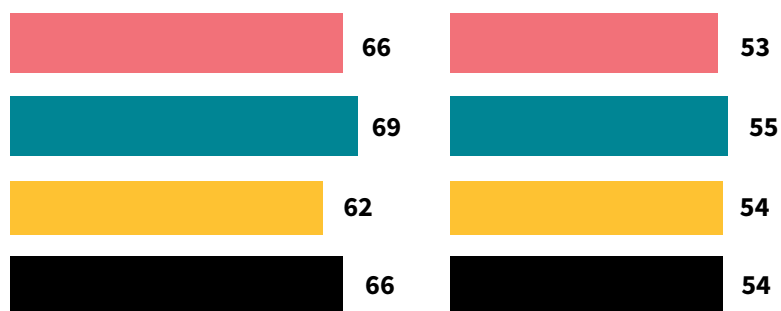
So viel Prozent der Beschäftigten stimmten diesen Aussagen zu

■ Unter 35 Jahren ■ Zwischen 35 und 49 Jahren ■ Zwischen 50 und 65 Jahren

Der Zeitpunkt für meinen Renteneintritt ist gekommen, wenn ...

... die finanziellen Mittel im Haushalt so hoch sind, dass mein Lebensstandard im Alter gesichert ist

... ich mehr Freizeit haben möchte (z. B. für Hobbys, Reisen)



Befragung von 4.776 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie 250 geringfügig Beschäftigten zwischen 18 und 65 Jahren im April 2024
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

arbeitsplatzbezogenen Einflussfaktoren, die eine Erwerbstätigkeit bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter begünstigen, hat nun eine IW-Studie zusammengetragen, für die rund 5.000 Beschäftigte befragt wurden. Der geplante Renteneintritt hängt demnach von folgenden Einflussgrößen ab:

- **Einkommen.** Beschäftigte mit einem höheren Haushaltseinkommen sehen sich zwar häufiger in der Lage, bis zum gesetzlichen Rentenalter zu arbeiten, wollen dies aber seltener als Beschäftigte mit geringem Einkommen. Beschäftigte mit einem Haushaltseinkommen von weniger als 1.500 Euro im Monat wollen häufig bis zur Regelaltersgrenze arbeiten, allerdings fühlt sich dazu nur jeder Zweite in der Lage. Das dürfte auch an ihren Arbeitsbedingungen liegen, die häufiger eher körperliche als geistige Anstrengungen erfordern.

- **Engagement.** Arbeitnehmer, die sich im Job voller Energie fühlen und nur selten an der Wichtigkeit ihres Tuns zweifeln, streben deutlich häufiger eine Erwerbstätigkeit bis zur Regelaltersgrenze an als Beschäftigte, die ein niedriges Engagement aufweisen.

- **Weiterbildung.** Auch die Affinität, die eigenen Fähigkeiten durch Weiterbildungen aktuell zu halten oder auszubauen, trägt mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu einem längeren gewünschten Erwerbsleben bei. Wer sich gerne weiterbildet, sieht sich jedoch eher in einer anderen Tätigkeit als im aktuellen Job.

Befragt nach den Motiven für den Renteneintritt, gibt es unter den Beschäftigten einen klaren Favoriten (Grafik):

Über alle Altersgruppen hinweg ist für zwei Drittel der Beschäftigten das Motiv, dann in Rente zu

gehen, wenn im Alter der Lebensstandard gesichert ist, das wichtigste.

Jeder zweite Befragte nennt den Wunsch nach mehr Freizeit als Motiv für den Renteneintritt. Ebenso viele sind überzeugt, dass für sie der richtige Zeitpunkt gekommen sein wird, wenn sie aus ihrer Sicht genug geleistet hätten. Das Problem an dem Bild eines wohlverdienten Ruhestands aufgrund der eigenen Lebensleistung: Das Narrativ stärkt den Wunsch nach einem vorzeitigen Renteneintritt.

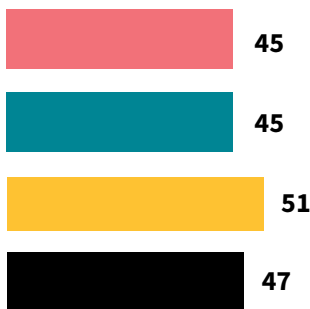
Der Grund, keine Freude mehr am Job zu empfinden, fällt eher für ältere als für jüngere Arbeitnehmer ins Gewicht.

Obwohl die Mehrheit der Beschäftigten vor Erreichen der Regelaltersgrenze in Rente geht, gibt es doch immer mehr Menschen, die auch im

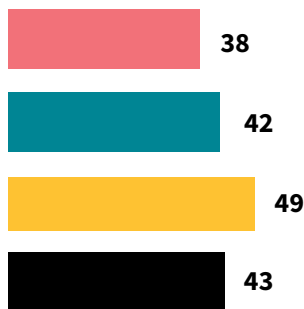
Fortsetzung

■ **Insgesamt**

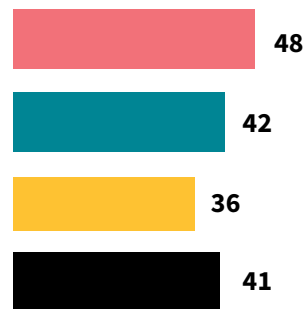
... ich aus meiner Sicht genug geleistet habe



... mir meine Arbeit keinen Spaß mehr macht



... ich mehr Zeit für gesellschaftliche und familiäre Aufgaben haben möchte (z. B. für Enkel, Ehrenamt)



Ruhestand noch arbeiten: Im Jahr 2019 beschäftigten knapp vier von zehn Unternehmen in Deutschland sogenannte Silver Worker, aktuell ist es rund die Hälfte. Doch es gibt Hürden (Grafik):

Drei von zehn Unternehmen scheitern bei der Beschäftigung von Mitarbeitern, die das Rentenalter bereits überschritten haben, an arbeits- und sozialrechtlichen Fragen; von den Betrieben mit Silver-Worker-Erfahrung beklagen dies sogar 38 Prozent.

Insbesondere das „Zurückholen“ von bereits in Rente befindlichen ehemaligen Mitarbeitern gestaltet sich schwierig, sodass es ratsam ist, wenn sich Mitarbeiter und Betrieb rechtzeitig – also vor Erreichen der Regelaltersgrenze – auf eine Weiterbeschäftigung einigen.

Doch wie viele haben daran überhaupt ein Interesse? Tatsächlich kann sich gut ein Drittel der abhängig Beschäftigten vorstellen, nach dem Renteneintritt weiterzuarbeiten. Von den Personen mit einer abge-

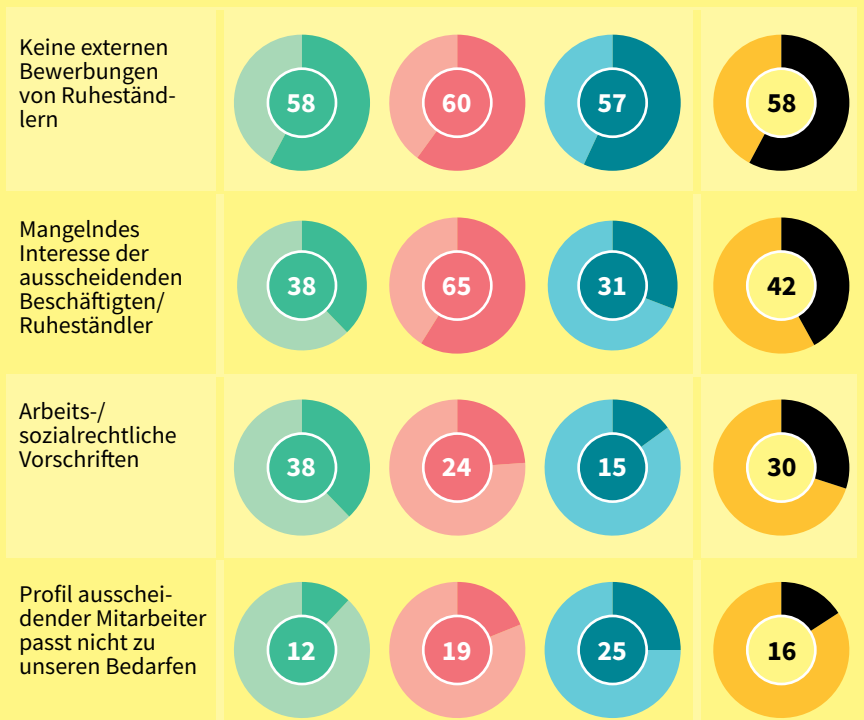
schlossenen Hochschulausbildung und Führungskräften stehen sogar rund 46 beziehungsweise 42 Prozent einer Arbeit im Ruhestand offen gegenüber. Dagegen wollen von den Beschäftigten ohne beruflichen Abschluss und ohne Führungsverantwortung nur knapp 32 beziehungsweise 33 Prozent weiterarbeiten. Und wer mit seinem jetzigen Job zufrieden oder von seiner Arbeit überzeugt ist, will eher länger beruflich aktiv bleiben als weniger erfüllte Kollegen.

Silver Worker: Zu wenige Interessenten, zu viel Bürokratie

So viel Prozent der Unternehmen sehen diese Hemmnisse, um mehr oder überhaupt Beschäftigte einzusetzen, die das gesetzliche Renteneintrittsalter überschritten haben oder bereits Rente beziehen



- Unternehmen mit Silver-Worker-Erfahrung (aktueller oder früherer Einsatz)
- Unternehmen mit Beschäftigten, die in den vergangenen fünf Jahren rentenbedingt ausgeschieden sind (ohne Silver-Worker-Erfahrung)
- Unternehmen mit Beschäftigten im Alter von 55 Jahren und älter, ohne Renteneintritt, ohne Silver-Worker-Erfahrung
- Insgesamt

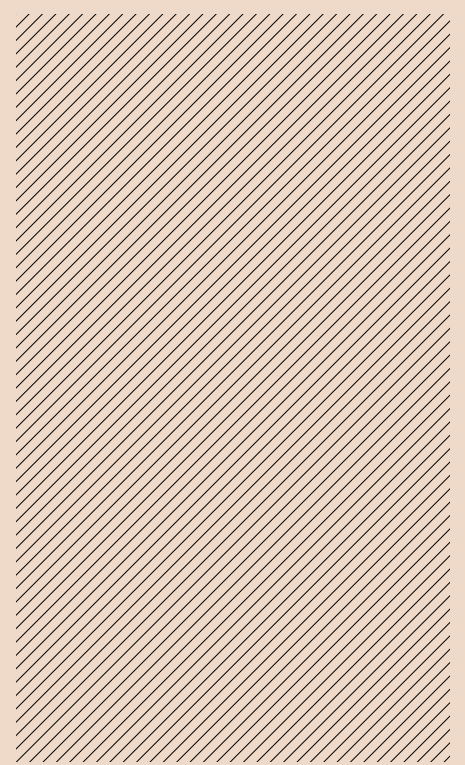


Befragung von 780 Personalverantwortlichen von Juni bis August 2024
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2024 IW Medien / iwd

Aus IW-Trends 3/2024
Andrea Hammermann, Ruth Maria Schüler:
Determinanten und Motive des Renteneintritts
iwkoeln.de/renteneintritt

IW-Kurzbericht
Jochen Pimpertz, Oliver Stettes: Arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften stehen Arbeiten im Ruhestand vielerorts im Weg
iwkoeln.de/arbeiten-im-ruhestand

IW-Kurzbericht 74/2024
Andrea Hammermann, Ruth Schüler, Oliver Stettes: Wer will im Rentenalter arbeiten?
iwkoeln.de/arbeiten-im-rentenalter



Interview. Unternehmen können viel dafür tun, um ältere Mitarbeiter möglichst lange im Betrieb zu halten. Die politischen Rahmenbedingungen ermöglichen jedoch zu vielen Beschäftigten einen vorzeitigen Renteneintritt, sagt **Oliver Stettes**, Leiter des Clusters Arbeitswelt und Tarifpolitik im IW.

„Es werden schizophrene Signale gesendet“

Rund die Hälfte der Neurentner scheidet vorzeitig aus dem Arbeitsleben aus, 20 Prozent nehmen dafür Abschläge bei der Rente in Kauf. Sind die Renten zu hoch?

Die Entscheidung für oder gegen einen Ruhestandseintritt zu einem bestimmten Zeitpunkt hängt von vielen Einflussfaktoren ab: von der Höhe der eigenen erreichten Rente, weiteren potenziellen Einkommen wie Miet-, Zins- oder Kapitalerträgen, dem, was der Partner oder die Partnerin macht und natürlich vom individuellen Gesundheitszustand.

Gibt es noch andere Gründe für die vielen Frührentner? Hat Arbeit an sich hierzulande zu wenig Wert?

Es wird zumindest der Eindruck erweckt, dass die Rente das Paradies ist und dann das sorgenfreie Leben beginnt, wo man über seine Zeit autonom verfügen kann. Dieses Bild geht von der Vorstellung aus, dass Arbeit ein Leid ist, auf das im Anschluss ein Anspruch auf einen wohlverdienten Ruhestand folgt. Das ist insofern fragwürdig, als nur in den wenigsten Fällen heute noch körperlich so beanspruchende Bedingungen vorherrschen, dass man von einer echten Mühsal des Arbeitslebens sprechen kann.

Was können die Unternehmen dazu beitragen, dass ihre Mitarbeiter länger bleiben?

Die Unternehmen müssen sich bewusst werden, dass ihr personalpolitisches Handeln gegenüber den Mitarbeitern deren Einstellung zum Arbeitsverhältnis prägt. Wenn man Beschäftigte fördert, ihnen verantwortungsvolle Aufgaben gibt, sie begleitet und unterstützt und ihnen signalisiert, dass sie Wertvolles für das Unternehmen tun, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass sich jemand engagiert und zufrieden im Job ist. Das stärkt dann auch die Bereitschaft, in dieser Tätigkeit bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter und darüber hinaus zu bleiben. Und es erhöht auch die Bereitschaft, wenn im Betrieb Not am Mann ist, nach dem Renteneintritt wieder zurückzukommen.

Muss auch die Politik andere Rahmenbedingungen setzen?

Ja, denn Altersteilzeit oder andere Formen des vorzeitigen Ruhestands mögen individuell eine optimale Lösung sein, wenn Beschäftigte dies wünschen und/oder das Unternehmen wirtschaftliche Schwierigkeiten hat, aber gesamtwirtschaftlich funktioniert das nicht mehr angesichts des demografischen Wandels. Wir beobachten also individuell rationales Verhalten, das uns in eine kollektive Irrationalität führt. Und es ist eigentlich Aufgabe der Politik, diesem Dilemma durch



Foto: IW Medien

die entsprechenden Rahmenbedingungen entgegenzuwirken.

Auch das Zurückholen von ehemaligen Mitarbeitern, die in Rente sind, scheitert häufig an rechtlichen Hürden ...

Ja, denn hier greift momentan das sogenannte Vorbeschäftigungsverbot – ein Unternehmen kann keinen befristeten Arbeitsvertrag mehr mit einer Person abschließen, die früher einmal im Betrieb beschäftigt war und das Haus bereits verlassen hat. Das soll jetzt mit der Wachstumsinitiative der Bundesregierung angegangen werden.

Dann dürfte die Zahl der arbeitenden Rentner also steigen?

Das ist zu hoffen, aber es werden schizophrene Signale gesendet: Einerseits hat die Politik erkannt, dass man Menschen motivieren muss, länger zu arbeiten. Andererseits traut man sich nicht, das Renteneintrittsalter zu erhöhen sowie insbesondere den vorzeitigen Renteneintritt ohne Abschläge abzuschaffen und/oder jenen mit Abschlägen unattraktiver zu machen. Vielmehr heißt es weiterhin, es muss auch mal genug sein – und dieser Zeitpunkt darf auch vor der Regelaltersgrenze liegen.



Eine Langfassung des Interviews finden Sie auf [iwd.de](https://www.iwd.de).

Der Kreislauf der Technik

Nachhaltigkeit. Laptops, Smartphones und andere elektronische Geräte sind heutzutage unverzichtbar für die Wirtschaft. Viele Unternehmen besitzen große Mengen an Technik. Wenn es darum geht, IT-Geräte zu beschaffen, kaufen sie meistens noch Neugeräte. Einige Unternehmen bedienen sich aber schon auf dem Secondhand-Markt oder mieten die Technik.

Um das große Potenzial des nachhaltigen Wirtschaftens im Bereich der Informationstechnologie zu erkennen, reichen wenige Zahlen: In deutschen Unternehmen gibt es laut einer aktuellen IW-Umfrage hochgerechnet etwa 59 Millionen Laptops, rund 51 Millionen Smart-

phones und ungefähr 5 Millionen Digitalkameras.

Indem sie die Geräte möglichst lange nutzen, können Unternehmen ihren Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Das kann geschehen, indem die Firmen gebrauchte Geräte kaufen, auf Miet- und Sharingmodel-

le zurückgreifen oder defekte Geräte reparieren, anstatt sie zu entsorgen. Wenn die Technik nicht mehr zu verwenden ist, sollte sie ins Recycling gehen, damit keines der teils seltenen Materialien verloren geht.

Um herauszufinden, wie es um den Markt für zirkuläre Geschäftsmodelle im Bereich der IT-Geräte bestellt ist, haben sich unter der Führung des Beratungsunternehmens Circularity zahlreiche Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft – darunter das IW – für das Projekt „UNDRESS Circularity“ zusammengesetzt. Die Wissenschaftler des IW befragten im Juni 2024 in diesem Rahmen 200 Unternehmen in Deutschland zu ihrem Umgang mit IT-Geräten (Grafik):

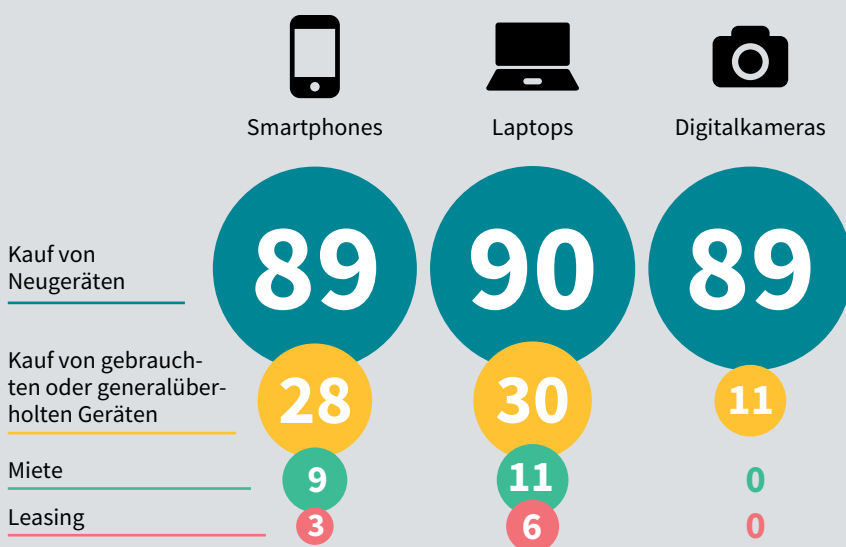
90 Prozent der Unternehmen kaufen IT-Geräte als Neuware. Immerhin drei von zehn Unternehmen decken ihren Bedarf aber auch mit gebrauchten Smartphones und Laptops.

Das Mieten ist in diesem Bereich noch nicht allzu verbreitet. Nur jede zehnte Firma greift bei Smartphones und Laptops darauf zurück. Leasing spielt eine noch geringere Rolle.

Trotz der vorhandenen Akzeptanz von Secondhand-Ware als Beschaf-

IT-Geräte: Unternehmen bevorzugen Neuware

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland besorgen sich auf diesen Wegen ihre Hardware



Befragung von 200 Unternehmen im Juni 2024
Quellen: Circularity, Institut der deutschen Wirtschaft, IW Consult
© 2024 IW Medien / iwd

fungsoption gibt es bisher allerdings wenige Gebrauchtgeräte in den Unternehmen: Nur jeweils etwa 7 Prozent aller Smartphones und aller Laptops stammen dort aus zweiter Hand.

Warum setzen die Firmen noch so häufig auf Neuware? Die Studie zeigt, dass für die Unternehmen vor allem neben der direkten Verfügbarkeit Flexibilität beim Einkauf und die Datensicherheit Gründe sind, neue Geräte anzuschaffen.

Für mehr als die Hälfte der Unternehmen kommt der Einkauf von Gebrauchtgeräten aufgrund von Qualitätsbedenken nicht infrage, 41 Prozent unterlassen dies aufgrund unzureichender Wartungs- und Serviceangebote.

Hinzu kommt, dass jeweils etwa drei von zehn Unternehmen bislang keine passenden Anbieter für Gebrauchtgeräte oder für Mietangebote kennen.

Für Betriebe, die auch auf gebrauchte Geräte setzen, sind dagegen sowohl der Nachhaltigkeitsaspekt als auch der Preis entscheidende Argumente für diesen Beschaffungsweg.

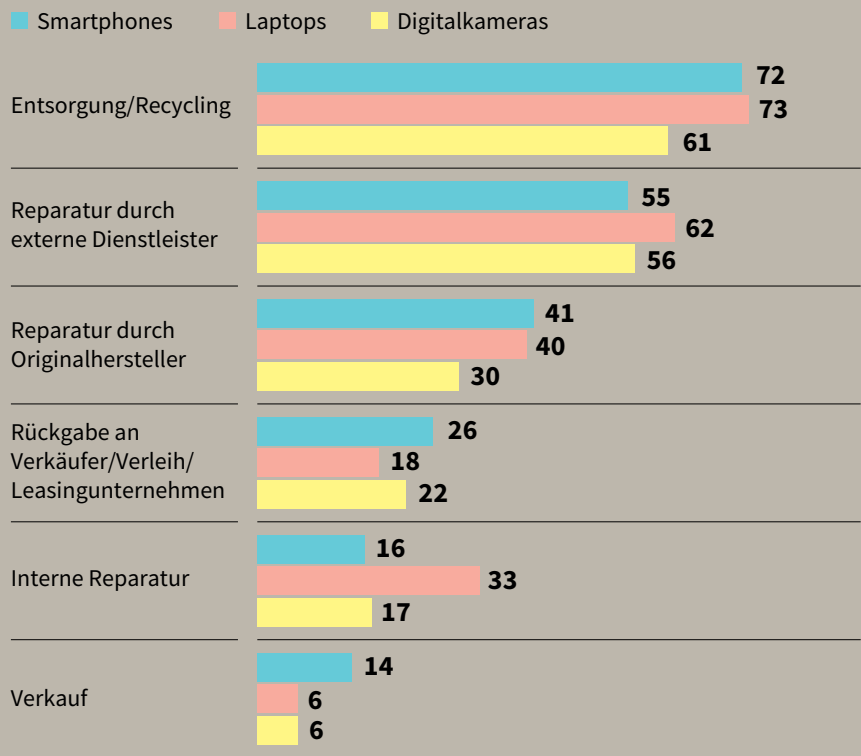
Doch nicht nur der Einkauf ist für Unternehmen wichtig, auch die Lebensdauer der Geräte spielt – nicht zuletzt aus finanzieller Sicht – eine große Rolle. Defekte Geräte geben die Unternehmen oft direkt ab, wie die Befragung zeigt (Grafik):

Fast drei Viertel der Unternehmen geben an, dass kaputte Smartphones und Laptops in der Regel entsorgt und zum Recycling gebracht werden. Bei Digitalkameras tun dies drei von fünf Unternehmen.

Gleichzeitig zeigt sich aber, dass häufig Reparaturdienste beauftragt werden, um die Lebensdauer von IT-Geräten zu verlängern. Solche externen Angebote nutzt mehr als jedes zweite Unternehmen bei

Defekte IT-Geräte: Austausch vor Reparatur

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland gehen so mit defekten IT-Geräten um



Befragung von 200 Unternehmen im Juni 2024

Quellen: Circularity, Institut der deutschen Wirtschaft, IW Consult
© 2024 IW Medien / iwd

iwd

Smartphones und Digitalkameras – bei Laptops ist dies sogar etwas häufiger (62 Prozent) der Fall. Intern reparieren etwa 17 Prozent der Unternehmen ihre Smartphones und Digitalkameras, Laptops macht jede dritte Firma selbst wieder fit.

Aufgrund des eingangs beschriebenen großen Volumens an IT-Geräten in Unternehmen gibt es somit in diesem Bereich viel Potenzial für Anbieter, die auf zirkuläre Geschäftsmodelle setzen, also IT-Geräte gebraucht verkaufen, ausleihen oder reparieren. Allerdings müssen diese Modelle noch vor allem bei Verantwortlichen für IT-Geräte in Unternehmen bekannter werden. Hier könnte eine gemeinsame Kommunikationskampagne verschiedener Anbieter hilfreich sein, um Vorbehalte in Bezug auf Datensicherheit oder

Qualität abzubauen und die Vorteile wie geringere Kosten oder mehr Nachhaltigkeit hervorzuheben.

Zudem muss die Akzeptanz für Gebrauchtgeräte weiter wachsen. Das kann dann gelingen, wenn Qualitätsprobleme der Second-hand-Geräte verringert werden und sie in ausreichenden Mengen verfügbar sind. Da 60 Prozent der Betriebe aktuell noch ausrangierte Laptops und Smartphones als Back-up in der Schublade oder im Lager behalten, gilt es, diese Geräte wieder in den Kreislauf für eine weitere Nutzung zu bringen. Ein zuverlässig großes und flexibles Angebot an Gebrauchtgeräten ist letztlich essenziell, um deren Attraktivität insbesondere für Firmenkunden, die potenziell große Mengen davon beziehen könnten, zu erhöhen.

Arbeitsschutz trägt Früchte

Gesetzliche Unfallversicherung. Der betriebliche Arbeitsschutz ist eine echte Erfolgsgeschichte: Im Jahr 2022 lag die Arbeitsunfallquote in Deutschland in der gewerblichen Wirtschaft mit 21,1 gemeldeten Fällen je 1.000 Vollarbeiter auf einem historischen Tiefpunkt. Auch die Beiträge der Arbeitgeber zur Unfallversicherung gingen zurück. Zwar machte sich weiterhin die Coronapandemie bemerkbar und die Zahl der gemeldeten Verdachtsfälle schoss vor allem bei infektionsbedingten Berufskrankheiten erneut in die Höhe. Glücklicherweise verlief die im Jahr 2022 vorherrschende Omikron-Variante allerdings meist glimpflich, sodass die neu bewilligten Berufsunfähigkeitsrenten gegenüber dem Vorjahr um gut 8 Prozent sanken.

Sollte es zu einem Arbeitsunfall oder einer berufsbedingten Erkrankung kommen, kümmern sich die Träger der gesetzlichen Unfallversicherung um versicherte Arbeitnehmer – von der Kostenübernahme für die ärztliche Versorgung bis zur medizinischen und beruflichen Rehabilitation. Im Jahr 2022 beliefen sich die Kosten für all das auf rund 16,6 Milliarden Euro. Der Großteil davon floss in Renten, Hilfen für Hinterbliebene, Behandlungen

und Rehamaßnahmen. Prävention war ein eher kleiner Posten. Das hängt damit zusammen, dass die Unternehmen Investitionen in den betrieblichen Arbeitsschutz meistens selbst stemmen. Wie wichtig Prävention ist, haben die Firmen längst erkannt: 2022 wurden in der gewerblichen Wirtschaft in gut 43.500 Schulungen fast 350.000 Teilnehmer in Sachen Arbeitsschutz trainiert.

Umfangreiche Prävention

562.968 Sicherheitsbeauftragte sowie 52.133 Sicherheitsfachkräfte sorgten 2022 für die Umsetzung und Handhabung einschlägiger Richtlinien und Vorschriften in den Betrieben der gewerblichen Wirtschaft



347.986 Teilnehmer

aus der gewerblichen Wirtschaft, von der Führungskraft bis zum Mitarbeiter, wurden dazu in insgesamt 43.532 überwiegend mehrtägigen Kursen geschult

Gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand

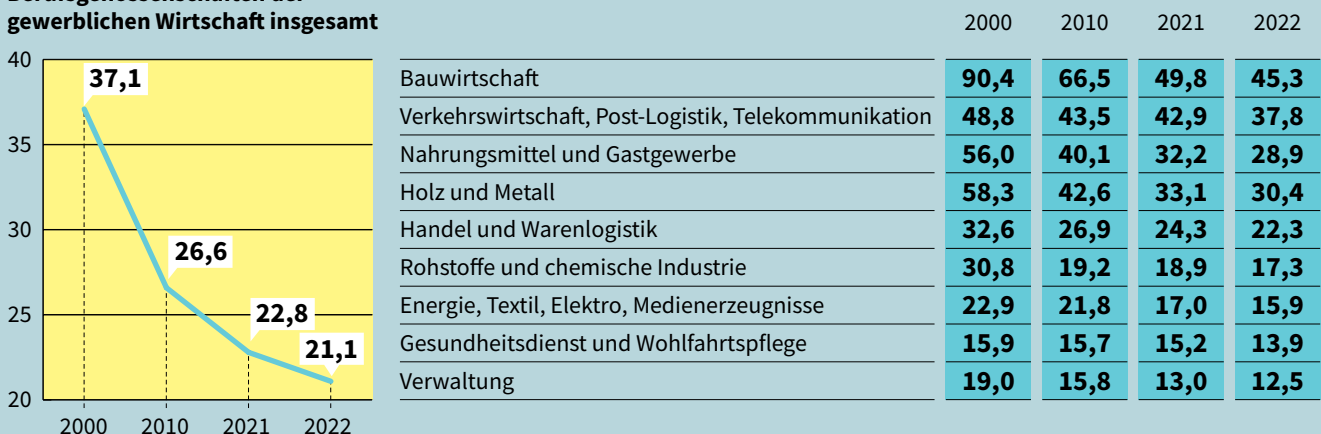
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales
© 2024 IW Medien / iwd



So wenig Arbeitsunfälle wie nie

Gemeldete Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter in der gewerblichen Wirtschaft

Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft insgesamt



Vollarbeiter: einschließlich Teilzeitkräften umgerechnet auf Vollzeitarbeitsplätze; gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation: bis 2015 Transport und Verkehrswirtschaft; Verwaltung: einschließlich Bahnen, Glas/Keramik

Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
© 2024 IW Medien / iwd

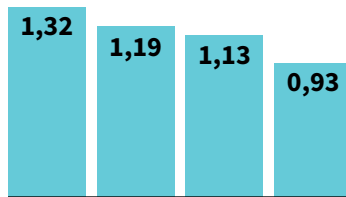


Beitragslast für Unternehmen nimmt ab

Beiträge der Arbeitgeber zur Unfallversicherung in Prozent des gesamten Arbeitsentgelts

	2010	2015	2021	2022
Bauwirtschaft	3,95	3,59	3,40	3,38
Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation	2,17	2,08	1,72	1,59
Nahrungsmittel und Gastgewerbe	1,72	1,80	1,44	1,39
Holz und Metall	1,48	1,31	1,24	1,23
Rohstoffe und chemische Industrie	1,44	1,42	1,29	1,20
Energie, Textil, Elektro, Medienerzeugnisse	1,13	1,03	0,99	0,98
Handel und Warenlogistik	0,99	0,93	0,94	0,93
Verwaltung	0,91	0,79	0,78	0,78
Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege	0,76	0,77	0,74	0,74

Berufsgenossenschaften der gewerblichen Wirtschaft insgesamt



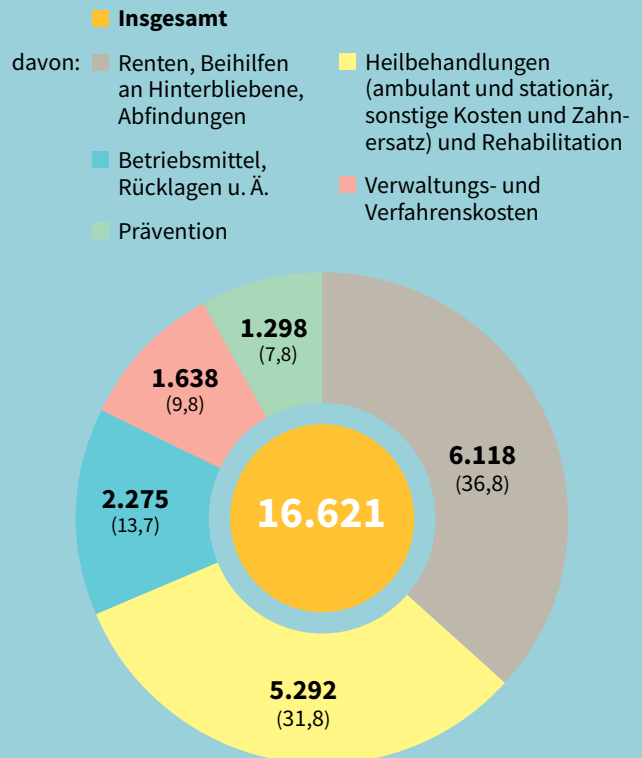
Gewerbliche Wirtschaft: ohne landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft und ohne Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand; Verkehrswirtschaft, Post-Logistik, Telekommunikation: bis 2015 Transport und Verkehrswirtschaft; Verwaltung: einschließlich Bahnen, Glas/Keramik; Beiträge: kein einheitlicher Beitragssatz, sondern unternehmensindividuell berechnet

Quellen: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



Ausgaben: Mehr als ein Drittel für Renten

Aufwendungen der gesetzlichen Unfallversicherung 2022 in Millionen Euro (in Klammern: in Prozent aller Aufwendungen)



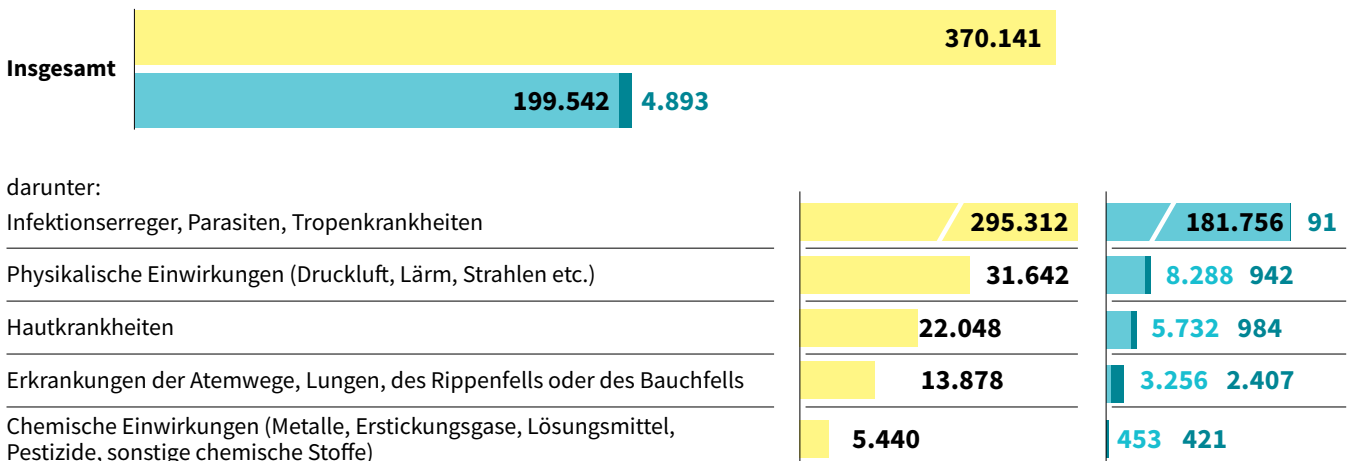
Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2024 IW Medien / iwd



Die Pandemie wirkt nach

Im Jahr 2022 wurden von den am häufigsten angezeigten Fällen so viele auch als Berufskrankheit anerkannt und führten schließlich zu einer neuen Berufsunfähigkeitsrente

■ Verdachtsanzeigen ■ Anerkennung – darunter: ■ Neue Renten



Quelle: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung © 2024 IW Medien / iwd



Die Großen in der Mitte

Mid Caps. Große mittelständische Unternehmen prägen die deutsche Wirtschaft maßgeblich. Zu ihnen zählen sowohl alteingesessene Familienunternehmen, die ihren Standort prägen, als auch Firmen, die in ihrem Segment Weltmarktführer sind. Allerdings sehen sich die Mid Caps zunehmenden Herausforderungen gegenüber – die Politik ist gefordert.

Größer als die vielen Kleinbetriebe, aber kleiner als die bekannten Konzerne: Die Unternehmen des großen Mittelstands, die sogenannten Mid Caps, liegen „irgendwo dazwischen“. Die Politik nimmt sie von Förderprogrammen für kleine und mittlere Betriebe aus, mutet ihnen aber zugleich einen genauso

hohen Bürokratie- und Regulierungsaufwand zu wie den ganz Großen.

Dabei gibt es gute Gründe für die Politik, die Belange der Mid Caps in Deutschland stärker zu berücksichtigen. Das machen schon einige Kennzahlen deutlich. Gängigen Kriterien zufolge zählen zu den Mid Caps Unternehmen mit 250 bis 3.000 Be-

schäftigten. Damit kommt man hierzulande auf rund 16.400 Unternehmen des großen Mittelstands. Das sind zwar nur knapp 0,5 Prozent aller in Deutschland angesiedelten Firmen, für den Arbeitsmarkt sind die Mid Caps jedoch ungleich bedeutsamer (Grafik):

Insgesamt arbeiteten im Jahr 2022 fast 10,4 Millionen und damit mehr als 29 Prozent aller Beschäftigten in Deutschland in Unternehmen des großen Mittelstands.

Besonders hoch war der Beschäftigungsanteil der Mid Caps in der Industrie, der Energie- und Wasserversorgung sowie bei den sozialen und persönlichen Dienstleistern – zu Letzteren gehören zum Beispiel privatwirtschaftliche Anbieter im Gesundheits- und Pflegesektor.

Innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes sind die Mid Caps am stärksten im Maschinenbau, im Zweig „Mineralöl, Chemie, Pharma, Kunststoffe“ sowie im Bereich „Nahrungsmittel, Getränke, Tabak“ vertreten.

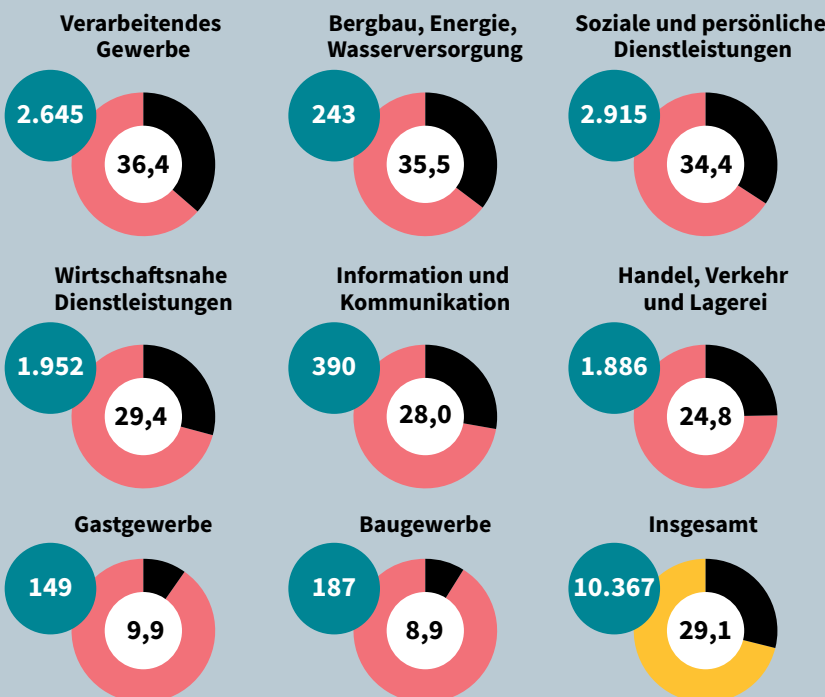
Schaut man auf die regionale Verteilung, finden sich die großen Mittelständler vor allem in den süd- und westdeutschen Flächenländern sowie in den Stadtstaaten (Grafik Seite 13):

Je eine Million Einwohner gerechnet, sind in Hamburg (179), Bremen (166) und Baden-Württemberg (161) die meisten führenden

Mid Caps bieten viele Arbeitsplätze

Beschäftigte in Unternehmen des großen Mittelstands (Mid Caps) in Deutschland im Jahr 2022, in 1.000

■ in Prozent aller Beschäftigten in diesem Sektor



Mid Caps: Unternehmen mit 250 bis unter 3.000 Beschäftigten
 Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2024 IW Medien / iwd

mittelständischen Unternehmen angesiedelt, bei den absoluten Zahlen liegt Nordrhein-Westfalen mit 2.281 Unternehmen vorn.

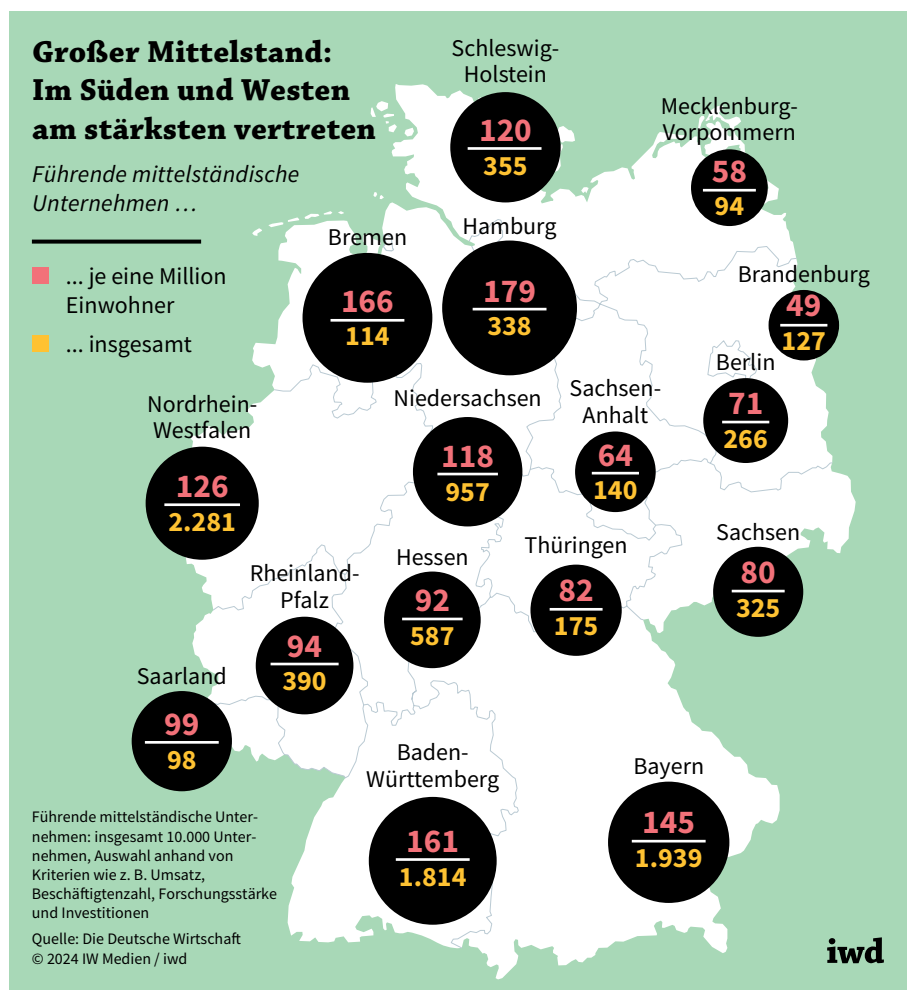
Um die Relevanz der Mid Caps für die deutsche Wirtschaft vollständig zu erfassen, gilt es, auch auf zwei Untergruppen zu schauen:

- **Hidden Champions.** Diese „heimlichen Weltmarktführer“, die zum großen Teil zu den Mid Caps zählen, sind in der Öffentlichkeit zwar wenig bekannt, gehören in ihrem jeweiligen Marktsegment aber zu den global führenden Unternehmen (siehe iwd 20/2022). Aufgrund dieser starken Marktposition und weil sie nicht nur weltweit exportieren, sondern oft auch im Ausland produzieren, können die Hidden Champions unter anderem die in Deutschland stark gestiegenen Energiekosten besser verkraften als andere Betriebe. Damit sind Hidden Champions in der aktuellen Konjunkturkrise ein Stabilitätsanker für die deutsche Wirtschaft.
- **Große Familienunternehmen.** Knapp 4.900 Mid Caps sind eigentümergeführte Familienunternehmen. Diese spielen vor allem im ländlichen Raum eine große Rolle:

In einigen Regionen wie beispielsweise im Vogelsbergkreis (Hessen) und im Kreis Unstrut-Hainich (Thüringen) sind fast neun von zehn aller dort angesiedelten Firmen mit mehr als 250 Beschäftigten in Familienhand.

Ländliche Regionen mit einem hohen Anteil an Familienbetrieben sind im Schnitt wirtschaftsstärker, weisen eine niedrigere Arbeitslosenquote auf und zeigen sich in wirtschaftlichen Krisenphasen stabiler als andere Regionen. Zudem engagieren sich Familienunternehmen und ihre Eigner an ihrem Standort oft kulturell und/oder sozial.

Vor diesem Hintergrund ist es umso bedenklicher, dass nach einer langen Wachstumsphase zwischen



2003 und 2018 die Mid Caps seit einigen Jahren stagnieren – sowohl mit Blick auf ihre Zahl als auch die Beschäftigung und die realen Umsätze. Besondere Herausforderungen stellen sich dem großen Mittelstand unter anderem durch die geopolitischen Krisen, aber auch durch die spezifischen Probleme am Standort Deutschland – zum Beispiel die teils marode Infrastruktur, der Fachkräftemangel und eine überbordende Bürokratie.

Um wieder stärker wachsen zu können, sind die Mid Caps auf gute wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen angewiesen. Die Politik in Deutschland sollte deshalb verstärkt investieren, um infrastrukturelle Engpässe zu beseitigen – also zum Beispiel die Verkehrsnetze auf Vordermann zu bringen. Dringend erforderlich ist es auch, die öffentliche Ver-

waltung konsequent zu digitalisieren. Zugleich braucht es einen Abbau bürokratischer Regulierungen und schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Und eine Reform des Sozialsystems – etwa der Abbau von Frühverrentungsanreizen – kombiniert mit mehr Fortbildungsangeboten könnte die Arbeitsanreize erhöhen und so den Fachkräftengpässen entgegenwirken.

Auf internationaler Ebene würden die deutschen Mid Caps nicht zuletzt von mehr Freihandelsabkommen der EU profitieren – etwa dem seit Jahren verhandelten Abkommen mit den Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay.

IW-Analysen 157
 Klaus-Heiner Röhl: Mid Caps und Familienunternehmen – Wie stark ist der große Mittelstand in Deutschland?
iwkoein.de/mid-caps

Schwieriger Spagat

Klimaschutz. Viele der produzierenden Unternehmen in Deutschland investieren bereits in den Klimaschutz. Dennoch rechnet ein Großteil damit, dass sich die Klimaziele der Bundesregierung negativ auf die deutsche Volkswirtschaft auswirken. Einer optimistischen Sicht im Weg stehen vor allem Bürokratie, regulatorische Hürden und hohe Kosten.

Dass Deutschland bis 2045 klimaneutral sein will, ist eine große Herausforderung für die hiesige Wirtschaft. Die Unternehmen können diese Aufgabe bewältigen – dafür

brauchen sie aber Rahmenbedingungen, unter denen sie die notwendigen Investitionen in nachhaltige Produktionsverfahren tätigen können, ohne ihre Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen. Diese hat hierzulande zuletzt gelitten:

Im World Competitiveness Ranking des International Institute for Management Development ist Deutschland von 2022 bis 2024 um neun Plätze auf Rang 24 zurückgefallen.

Im World Competitiveness Ranking des International Institute for Management Development ist Deutschland von 2022 bis 2024 um neun Plätze auf Rang 24 zurückgefallen.

Vor allem die enorm gestiegenen Energiepreise haben sich in diesem Zeitraum zu einem erheblichen Standortnachteil entwickelt (siehe iwd 19/2024). Auch deshalb beäugen die Industrieunternehmen die Klimaziele der Bundesregierung kritisch (Grafik):

Neun von zehn Unternehmen des Produzierenden Gewerbes gehen davon aus, dass die Produktionskosten hierzulande aufgrund der deutschen Klimaziele in den kommenden fünf Jahren weiter steigen werden.

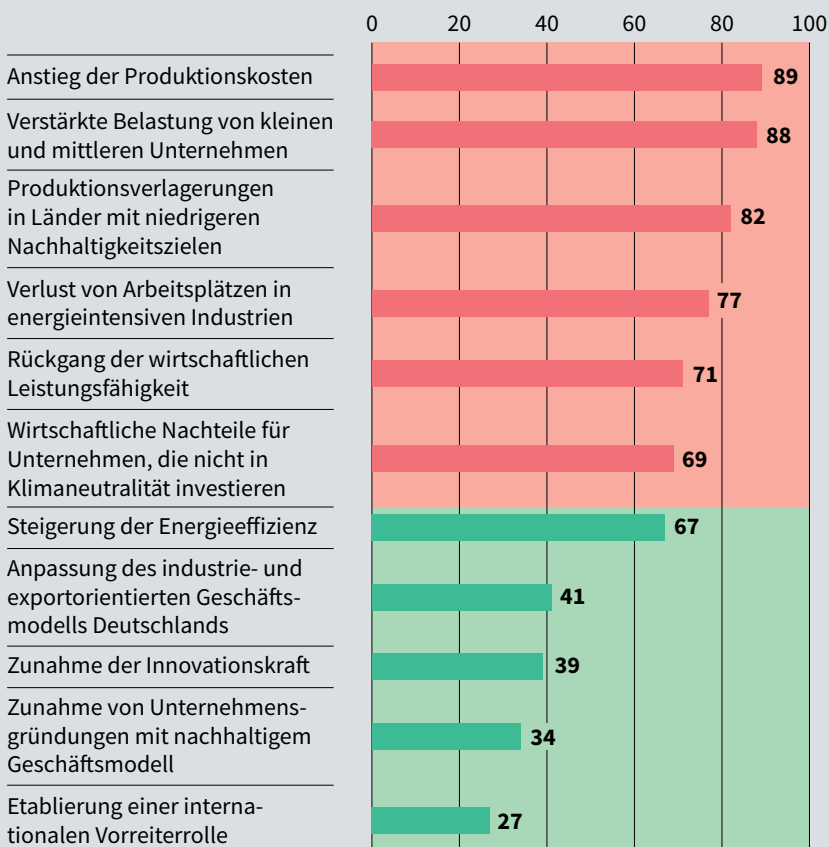
Ähnlich viele erwarten eine stärkere Belastung von kleinen und mittleren Unternehmen, rund drei Viertel prognostizieren den Verlust von Arbeitsplätzen in energieintensiven Industrien.

Allerdings sehen die Firmen auch positive Aspekte: Gut 40 Prozent gehen davon aus, dass durch die deutschen Klimaziele die Innovationskraft der Unternehmen zunimmt, ein Viertel sieht Deutschland sogar in der Lage, diesbezüglich eine internationale Vorreiterrolle einzunehmen.

Was zudem auffällt: Die Unternehmen schätzen die Situation für

Grüne Transformation: Unternehmen sehen mehr Risiken als Chancen

So viel Prozent der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes sehen in den kommenden fünf Jahren diese Auswirkungen der deutschen Klimaziele auf den Standort Deutschland



Befragung von 494 Unternehmen vom 4. Juli bis 13. August 2024
 Quelle: IW Consult
 © 2024 IW Medien / iwd

ihren eigenen Betrieb deutlich positiver ein als für die Gesamtwirtschaft. Während 70 Prozent einen Rückgang der gesamtdeutschen Wirtschaftsleistung prognostizieren, erwartet nur jedes zweite Unternehmen Einbußen der eigenen Wettbewerbsfähigkeit. Und während acht von zehn Firmen damit rechnen, dass Unternehmen aus Deutschland in den kommenden fünf Jahren in Länder mit schwächeren Klimazielen abwandern, geht für sich nur jedes zehnte Unternehmen von einer solchen Maßnahme aus.

Die Stimmung in den Betrieben ist im Hinblick auf die Klimatransformation in Deutschland allgemein also deutlich schlechter als die Einschätzung der eigenen Lage – dazu passt, dass die meisten Firmen bereits Maßnahmen ergriffen haben, um klimafreundlicher zu werden:

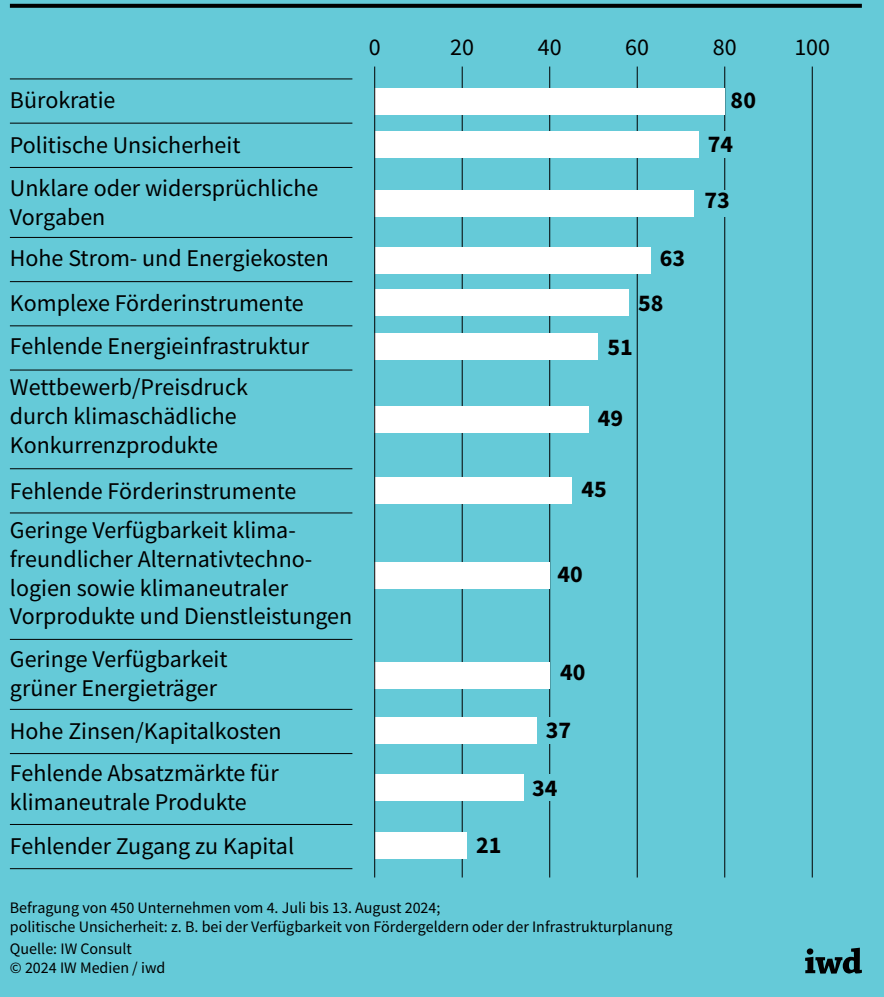
Neun von zehn Unternehmen haben ihre Produktion energieeffizienter gestaltet, rund zwei Drittel setzen dabei zumindest in Teilen auf erneuerbare Energien.

Etwas mehr als die Hälfte der Firmen investiert zudem in grüne Technologien und Forschung, rund 42 Prozent achten bei der Auswahl von Lieferanten und Materialien auf Nachhaltigkeit.

Den Großteil der Maßnahmen setzen die Unternehmen dabei aus eigenem Antrieb um, gesetzliche Vorgaben und Marktdruck spielen nur eine untergeordnete Rolle. Schließlich versprechen sich die Firmen vom Klimaschutz auch Vorteile für das eigene Geschäft – sei es für die Rekrutierung und Motivation von Personal, die Attraktivität für Kunden und Geschäftspartner oder die Aussicht, langfristig Geld sparen zu können. Dass sie trotz dieser Vorzüge nicht noch stärker in den Klimaschutz investieren, liegt an verschiedenen Faktoren – wobei einer heraussticht (Grafik):

Klimaschutz: Hier drückt der Schuh

So viel Prozent der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes fühlen sich durch diese Aspekte dabei gehemmt, in klimafreundliche Prozesse zu investieren oder Verfahren umzustellen



80 Prozent der Unternehmen geben an, die Bürokratie mache es ihnen schwerer, in klimafreundliche Prozesse zu investieren oder Produktionsverfahren entsprechend umzustellen.

Jeweils rund drei Viertel beklagen unverlässliche politische Rahmenbedingungen – zum Beispiel hinsichtlich der Infrastrukturplanung – sowie unklare oder widersprüchliche staatliche Vorgaben.

Somit liegen die drei größten Hemmnisse für die Unternehmen im direkten Einflussbereich der Politik. Durch gezielte Maßnahmen könnte der Bund also viele Probleme ohne

großen finanziellen Aufwand überwinden und einen weiteren Schritt Richtung Klimaneutralität gehen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Deutschland zu gefährden. Ein erster Ansatzpunkt wäre zum Beispiel, die zahlreichen Berichtspflichten für Unternehmen zu vereinfachen und Bewerbungs- sowie Genehmigungsprozesse bundesweit zu vereinheitlichen.

Gutachten

Lennart Bolwin, Christian Kestermann, Malte Küper, Thilo Schaefer: Klimatransformation – Schmerzen und Chancen

iwkoeln.de/klimatransformation

800 Euro für eine Studentenbude

Immobilienmarkt. Der studentische Wohnungsmarkt bleibt angespannt: Steigende Preise und ein knapper werdendes Angebot erschweren die Studienbedingungen. Darunter leiden vor allem internationale Studenten.

Die Ergebnisse des jüngsten Studentenwohnreports sind für die Betroffenen keine wirkliche Überraschung, denn die 2,9 Millionen Hochschüler in Deutschland stellen bei der Wohnungssuche schon seit geraumer Zeit fest: Es gleicht fast einem Sechser im Lotto, eine bezahlbare und halbwegs komfortable Unterkunft in Uninähe zu finden. Jetzt braucht man allerdings noch die richtige Zusatzzahl, denn nicht nur die Wohnkosten für kleine Wohnungen, WG-Zimmer und möblierte Wohnungen auf Zeit sind innerhalb eines Jahres um gut 5 Prozent gestiegen, sondern auch das Angebot schrumpft weiterhin:

Die Zahl der inserierten Studentenwohnungen ist binnen eines Jahres an 29 der 38 betrachteten Hochschulstandorte zurückgegangen, in Jena, Münster und Freiburg sogar um 20 Prozent und mehr.

Doch es gibt auch ein paar Ausnahmen. In Würzburg, Kiel, Rostock und Berlin ist die Zahl der Wohnungsinserate, die für Studenten infrage kommen, zuletzt gestiegen – in der Hauptstadt überraschenderweise sogar um 30 Prozent, obwohl sich der Wohnungsmarkt dort nicht entspannt hat.

Und was kosten Studentenbuden mittlerweile? Um die unterschiedlichen Mietpreisniveaus an den 38 Hochschulstandorten vergleichen zu können, haben die IW-Wissenschaftler, die den Wohnkostenreport alljährlich für den Finanzberater MLP

erstellen, die Preise für eine 30 Quadratmeter große Musterwohnung kalkuliert. Demnach ist das Studieren in der bayerischen Landeshauptstadt am teuersten (Grafik):

In München kostete eine typische Studentenwohnung im ersten Halbjahr 2024 mehr als 800 Euro Warmmiete im Monat.

In Berlin, Frankfurt am Main und Stuttgart werden derzeit jeweils rund 680 Euro monatlich verlangt. Am anderen Ende der Skala finden sich vor allem Studienstandorte in Ostdeutschland. In Chemnitz, der günstigsten Unistadt, beträgt die monatliche Warmmiete für eine Muster-Studentenwohnung lediglich 263 Euro, ein WG-Zimmer ist hier sogar schon für 215 Euro im Monat zu haben. In Magdeburg sind für eine Musterwohnung 333 Euro fällig, in Greifswald 434 Euro. Unter den westdeutschen Hochschulstandorten ist Bochum am günstigsten, hier müssen Mieter im Schnitt 418 Euro warm für eine Studentenwohnung bezahlen.

Studenten mit eigener Haushaltsführung, die nach Angaben des Statistischen Bundesamts über ein monatliches Medianeinkommen von 867 Euro verfügen, wenden insgesamt einen wesentlich höheren Anteil fürs Wohnen auf als andere Bevölkerungsgruppen. Im Jahr 2023 lag der durchschnittliche Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen für Studenten bei 54 Prozent. Die Wohnkostenbelastung der

Gesamtbevölkerung betrug mit 25 Prozent weniger als die Hälfte.

Dies ist insbesondere für internationale Studenten ein Problem, denn sie können – anders als ihre Kommilitonen aus Deutschland – in der Regel weder auf ein soziales Netzwerk bei der Wohnungssuche zurückgreifen noch einfach weiter im Elternhaus leben und damit wohnortnah studieren, wenn sie keinen bezahlbaren studentischen Wohnraum finden.

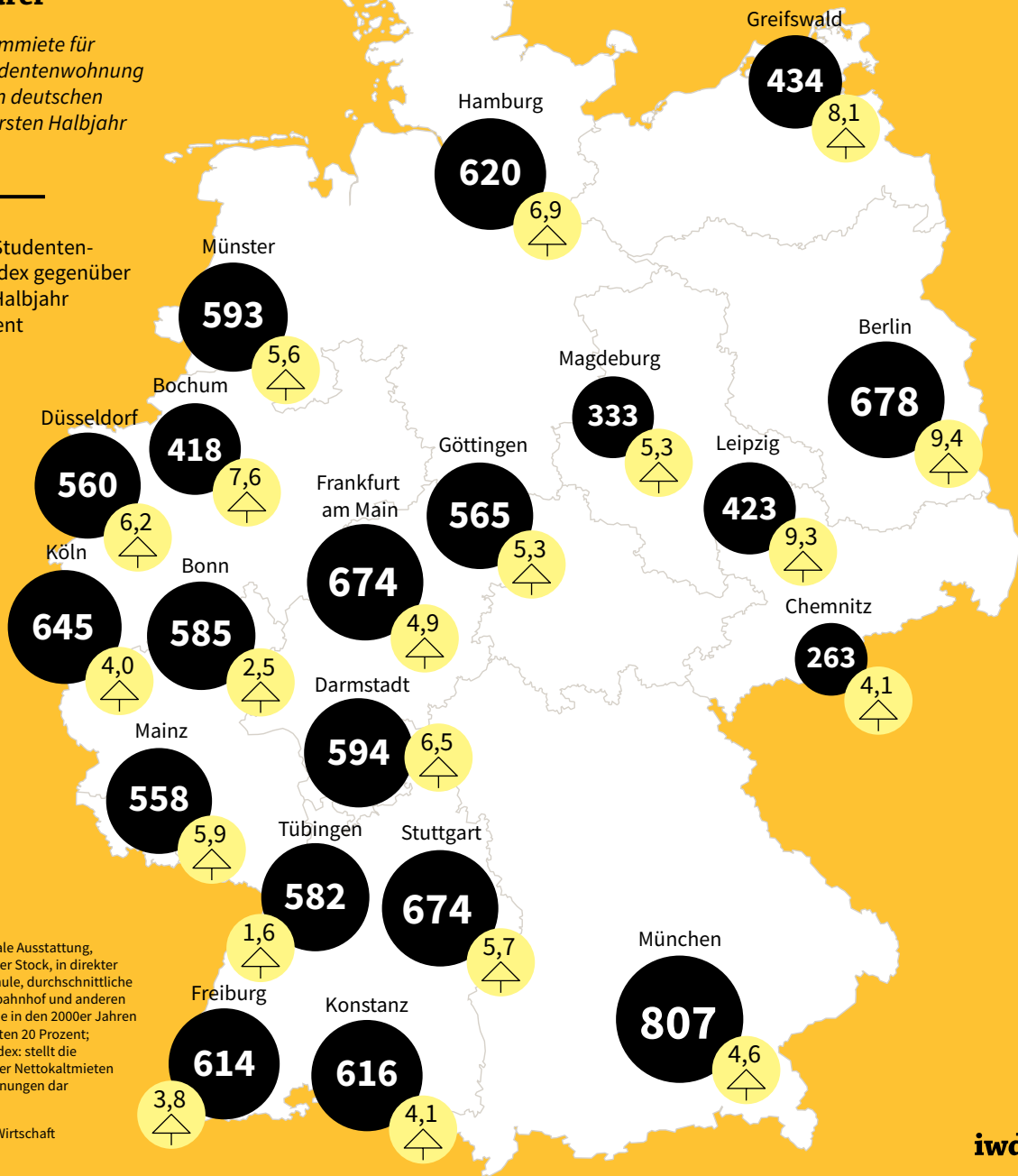
Von den rund 400.000 Studienanfängern im Wintersemester 2023/24 waren 309.000 Deutsche, 96.000 hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Vor allem die Zahl der Studenten aus Drittstaaten hat sich in den vergangenen Jahren stark erhöht: Trotz der Coronapandemie ist die Zahl der internationalen Studenten an deutschen Hochschulen zwischen dem Wintersemester 2012/13 und dem Wintersemester 2022/23 um den Faktor 1,8 auf rund 300.000 gestiegen. Allein aus Indien stammten im Wintersemester 2022/23 rund 42.600 Studenten – im Wintersemester 2009/10 waren es erst 3.800.

Da sich internationale Studenten besonders häufig in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) einschreiben und sich knapp die Hälfte von denen, die mit einer Aufenthaltserlaubnis zum Studium nach Deutschland gekommen sind, nach zehn Jahren immer noch hier aufhalten,

Studentenbuden: Überall teurer

Monatliche Warmmiete für eine Muster-Studentenwohnung in ausgewählten deutschen Unistädten im ersten Halbjahr 2024 in Euro

■ Anstieg des Studentenwohnpreisindex gegenüber dem ersten Halbjahr 2023 in Prozent



Musterwohnung: normale Ausstattung, 30 Quadratmeter, zweiter Stock, in direkter Umgebung zur Hochschule, durchschnittliche Entfernung zum Hauptbahnhof und anderen Bahnhöfen, Gebäude in den 2000er Jahren erbaut, Wohnnebenkosten 20 Prozent; Studentenwohnpreisindex: stellt die Mietpreisentwicklung der Nettokalmieten von studentischen Wohnungen dar

Quellen: MLP Gruppe, Institut der deutschen Wirtschaft © 2024 IW Medien / iwd



leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftesicherung.

Um mehr Wohnraum für Studenten zu schaffen, kommt es vor allem darauf an, schneller Bauland auszu-

weisen und überbordende Bürokratie zu beseitigen. Das würde auch mehr serielles Bauen ermöglichen, das schneller und kostengünstiger ist als herkömmliche Baumaßnahmen.

Gutachten
 Christian Oberst, Michael Voigtländer, Wido Geis-Thöne: MLP Studentenwohnreport 2024
iwkoeln.de/studentenwohnreport-2024

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
 Redaktionsleiter: Jork Herrmann (verantwortlich) · Redaktion: Berit Schmiedendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber · Grafik: IW Medien GmbH
 E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 12,99/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-tägig · Abo-Service: Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post



Zahl der Woche

469



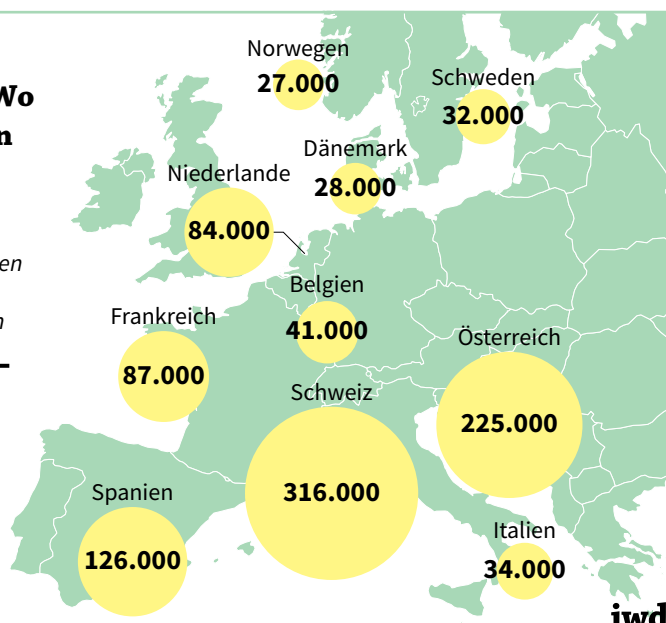
Millionen Tonnen Güter haben Binnenschiffe im Jahr 2023 in und zwischen den 27 Staaten der Europäischen Union transportiert. Das waren 20 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahr. Die Verkehrsleistung sank zeitgleich von 122 Milliarden auf etwas mehr als 116 Milliarden sogenannte Tonnenkilometer. Das ist das gängige Maß für die Verkehrsleistung im Transportsektor, für das die zurückgelegten Kilometer mit der beförderten Gütermenge multipliziert werden. Denkbare Gründe für den Rückgang waren die Rheinhochwasser im ersten Halbjahr 2023, die schwächere Konjunktur und die Abkehr vom Kohlestrom. Gleichwohl waren auch 2023 noch fast ein Viertel der per Binnenschiff transportierten Güter – 23,7 Prozent – Metallerze, gefolgt von Koks und raffinierten Petroleum-Produkten.

Top-Liste: Deutsche Auswanderer

Es gibt viele Gründe, ins Ausland zu ziehen: wegen eines tollen Jobs, der großen Liebe oder des milden Klimas. Dass die Schweiz europaweit das beliebteste Land für deutsche Auswanderer ist, liegt wohl nicht nur an der räumlichen Nähe, sondern vor allem an der gemeinsamen Sprache und den lukrativen Verdienstmöglichkeiten. Zum Jahresbeginn 2023 hatten dort etwa 316.000 Deutsche ihren Wohnsitz – 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Allein im Jahr 2022 wurden knapp 9.000 deutsche Auswanderer Schweizer Staatsangehörige. Die Bundesbürger sollten auch an ihrem zweitliebsten Auswanderungsziel wenig Probleme haben, sich zu verständigen: Anfang 2023 waren rund 225.000 Auslandsdeutsche in Österreich heimisch. In Spanien ist Deutsch zwar keine Amtssprache, dennoch zählt auch dieses Land zu den drei Top-Destinationen der deutschen Auswanderer. Zuletzt ging der Trend zum Wohnortwechsel gen Süden jedoch zurück: Anfang 2023 lebten in Spanien rund 12 Prozent weniger Deutsche als ein Jahr zuvor.

Auswanderer: Wo sich die meisten Bundesbürger niederlassen

So viele Deutsche lebten Anfang 2023 in diesen europäischen Ländern



Dänemark: 2022
 Vereinigtes Königreich:
 Werte nicht verfügbar
 Quelle: Statistisches Bundesamt
 © 2024 IW Medien / iwd

iwd

Ausschreibung zum Wissenschaftspreis Bürokratie

Noch bis zum 31. März 2025 können sich Personen, die in den vergangenen drei Jahren wissenschaftlich fundierte Monografien und Publikationen in wissenschaftlichen Zeitschriften zum Thema Bürokratie veröffentlicht haben, auf den mit 5.000 Euro dotierten Wissenschaftspreis Bürokratie bewerben. Nähere Informationen gibt es unter iwkoeln.de/wissenschaftspreis-buerokratie.